



Am Agathatag werden die Agatharinge mit gesegnetem Mehl gebacken. Bild: commons.wikimedia.org

Anfang Februar voller Segen

[eko] Viel Segen erhalten katholische Gläubige diese Tage: An Mariä Lichtmess oder Darstellung des Herrn, 40 Tage nach der Geburt im Tempel (2. Februar), werden Kerzen gesegnet und der Blasiussegen gegen Halskrankheiten folgt am Tag darauf.

Am 5. Februar (Agathas Namenstag) segnet die Kirche das Agathabrot in Erinnerung an die sizilianische Heilige. In den Bäckereien kann gesegnetes Brot in Form von Ringen, kleinen Brüsten oder normalem Brot (kreuzförmig eingeschnitten) gekauft werden. Das Brot erinnert an die heilige Agatha von Catania und ihr Martyrium. Agatha wurde im Jahre 225 auf Sizilien geboren und schwor schon in jungen Jahren gottgeweiht ewige Jungfräulichkeit. Daher

lehnte sie den Heiratsantrag des Statthalters von Sizilien ab. Dieser verschleppte Agatha, liess ihr die Brüste abschneiden und zu Tode foltern.

Am ersten Jahrestag ihres Todes wurde der Legende nach Catania von einem Lavastrom des Ätna verschont, weil dieser durch die Marmorplatte auf ihrem Grab oder durch ihren Seidenschleier abgelenkt wurde. Die heilige Agatha ist Schutzpatronin der Feuerwehr und der stillenden Mütter.

In diesen Tagen halten die Feuerwehren ihre Gedenkgottesdienste für die verstorbenen Mitglieder und die Generalversammlungen ab. Brot, das den Agatha-Segen erhielt, soll auch bei innerem Feuer (Fieber) und Krankheiten der Brust helfen.

Persönlich

Maschgerade, sind-se-guet!



So rufen die Kinder wieder in den Gassen und auf den Plätzen von Schwyz. Es ist Fasnacht, Narrenzeit. Der Narr hat in den alten Schriften keine gute Presse. Im 53. Psalm steht: «In seinem Herzen redet der Tor: Es gibt keinen Gott.» Insiapiens heisst der Tor im lateinischen Text. Das ist der Törichte, Unverständige. Bildlich wird er bald nackt und mit Narrenkappe dargestellt, damit er sicher nicht zum Vorbild taugt.

Offiziell hatte die Kirche ein zwiespältiges Verhältnis zur Fasnacht. Einerseits liess man sie geschehen, andererseits geisselte man die Auswüchse. Sich maskieren, ein «Maschgerade» sein, wie wir Schwyzer sagen, heisst verkehrte Welt spielen; einem anderen Stand angehören und verumtelt anderen die Meinung sagen können.

Die Maske, dieses starre Gebilde vor dem Gesicht. Davor fürchten sich kleine Kinder. Da spricht eine Gestalt zu ihnen und verzieht keine Miene. Das flösst Unsicherheit und Angst ein. Die Maske verbirgt den «wahren» Kern. Das kann Seelenhygiene sein.

Ziemlich anders aber ist es, wenn wir sagen, jemand habe die Maske fallen gelassen und sein wahres Gesicht gezeigt, kein schönes Gesicht meist. Der wahre Kern überrascht uns und verrät den jetzt ohne Maske Dastehenden.

Närrisch und fröhlich sein, die Menschen mit Orangen und anderem Essbarem beschenken, lustig intrigieren – das ist Fasnacht bei uns. Und wenn am Gueddienstag punkt Mitternacht die grosse Kirchenglocke die Fastenzeit einläutet und die letzten Masken im Feuer verglühen, freuen wir uns am Aschermittwoch auf die nächste Fasnacht.

Viktor Weibel, Schwyz
vweibel@bluewin.ch

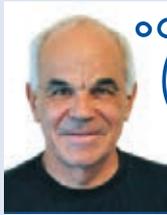
Kirchliche Neuigkeiten Veranstaltungen

In eigener Sache

Neue Rubrik für den Generalvikar

Seit einigen Jahren gehört Generalvikar Martin Kopp im Pfarreiblatt Uri Schwyz zu den Kolumnisten des «Persönlich» auf der Frontseite. Mit der neuen Rubrik «Das ging mir durch den Kopf» möchte das Pfarreiblatt dem Regionalen Generalvikar für die Urschweiz eine Plattform geben, auf der er regelmässig Themen ansprechen kann, die ihn beschäftigen. In der Themenwahl ist er völlig frei und kann davon berichten, was ihm auf der Seele brennt. Dabei können pastorale Fragestellungen, aktuelle Diskussionspunkte oder personelle Schwierigkeiten und deren Lösungen beschrieben werden. Die Leserschaft darf gespannt sein, zu welchen Themen sich der Generalvikar in Zukunft äussern wird. Martin Kopp danke ich für die Bereitschaft. Eugen Koller, Zentral-Redaktor

Dem Löwen die letzten Zähne ziehen?



Das ging mir durch den Kopf...

Einer unserer «Wort-zum-Sonntag-Sprecher», Noldi Landtwing aus Einsiedeln, hat Beanstandungen beim Ombudsmann riskiert, indem er – angesichts der Aufweichung der Sonntage und Feiertage durch immer neue Ladenöffnungszeiten – auf den Wert der Sonntagsruhe hinwies, und zwar mit dem originellen Ausdruck, der Sonntag sei eine seit 3000 Jahren bewährte «Burn-out-Prophylaxe».

Den Sonntag so zu sehen, gefällt mir. Im Ausland bezeichnete man das Wort gar als «Zitat der Woche». Einige Leute aber witterten politische Agitation, die einem Kirchenmann nicht anstehe. Da denke ich, der Sonntag sei, wie im Alten

Bund schon der Sabbat, eines unserer wertvollsten kulturellen Güter. Einmal in sieben Tagen ruht die Arbeit. Und keiner, so der Gedanke des Sabbats, soll in dieser Zeit zur Arbeit gezwungen sein, nicht direkt, und nicht unter frommen oder weniger frommen Vorwänden. – Auch Tiere sollen nicht arbeiten, so sah man das vor 3000 Jahren. Es gibt eine ganz kostbare Freiheit von der Arbeit, eine Freiheit für Gott und für die Gemeinschaft.

Es ist ein grosser Verlust, wenn dieses gemeinsame Gut beiseitegeschoben wird, damit etwas mehr Profit möglich, oder das Einkauf leichter wird. Das aus christlicher Sicht in Erinnerung zu rufen, ist grundrichtig, selbst, wenn das nach Tagespolitik tönen kann. – Ich bin den Schweizer Bischöfen dankbar, dass auch sie vor Weihnachten darauf hingewiesen haben. Seltsam, wenn einzelne Kirchenleute meinen, Zurückhaltung wäre besser. Oder sollen wir dem Löwen des Evangelisten Markus auch die letzten Zähne ziehen?

Martin Kopp,

Regionaler Generalvikar für die Urschweiz

Bistum Chur

Chrisammesse in der Kathedrale

[BK/eko] Die Chrisammesse findet am Hohen Donnerstag, 29. März, in der Kathedrale Chur statt. Diese Feier wird mit der Erneuerung der Bereitschaft zum priesterlichen Dienst verbunden. Vor der versammelten Gemeinde bezeugen die Priester den Willen, ihren für die Kirche und deren Aufbau erhaltenen sakramentalen Auftrag zu vertiefen und zu beleben. Bischof Vitus lädt auch Gläubige und Firmlinge aus den Pfarreien zu dieser Feier ein.

Kanton Schwyz

Gastwirtschaft auf Insel Ufenau vor Wiedereröffnung

[kath.ch/sys/eko] Das «Haus zu den zwei Raben» wird am 23. April wiedereröffnet. Die Gastwirtschaft im Eigentum des Klosters Einsiedeln war wegen Sanierung anderthalb Jahre geschlossen.

Mit der Wiedereröffnung des Restaurants finde ein Gesamtprojekt seinen Abschluss, das im Jahr 2002 begonnen hatte. Das letzte Projekt war in die Schlagzeilen geraten, weil ein Ersatzbau für ein Nebengebäude der Gastwirtschaft nicht hatte realisiert werden dürfen. Architekt des geplanten Baus war der renommierte Peter Zumthor. Das Bundesgericht hatte dies 2012 aus Gründen des Moorlandschaftsschutzes abgelehnt. Dem daraufhin vorgeschlagenen Nutzungskonzept

hatten die eidgenössischen Kommissionen für Natur- und Heimatschutz sowie für die Denkmalpflege Ende 2014 zugestimmt.

Schiffe halten wieder auf der Ufenau

Im Rahmen des Gesamtprojekts wurden die Kirche St. Peter und Paul und die Kapelle St. Martin restauriert. Nach der Wiedereröffnung der Gastwirtschaft wird die Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft wieder Halt auf der Ufenau machen.

Café für Trauernde

[eko] Das Seelsorgeteam am Spital Schwyz mit Josef Lussmann, Hartmut Schüssler und Mary-Claude Lottenbach und weitere Fachpersonen bieten ca. alle zwei Monate ein Trauer-Café an. Das Nächste findet am *Do, 15. Februar, von 16 bis 17.30 Uhr im Aufenthaltsraum der Station A7 im Spital* statt. Viele Menschen fühlen sich durch die Trauer beim Verlust eines Angehörigen belastet und es fehlt Zeit und Raum, im Alltag darüber zu sprechen. Im Trauer-Café kann mit anderen Betroffenen oder einer Fachperson ausgetauscht werden.

Kanton Uri

Muttergottesandacht

[AH/eko] Der Lourdespilgerverein Uri feiert am *So, 11. Februar, um 14 Uhr in der Spitalkapelle* eine Muttergottesandacht. Die Ver-

einswallfahrt findet am *Do, 17. Mai*, statt und führt nach Madonna del Sasso.

Zum Schluss noch dies ...

«Eine echte Besessenheit ist ausserordentlich selten»

«Bei uns melden sich pro Tag ein bis zwei Personen, weil sie glauben, besessen zu sein. In den vergangenen fünf Jahren hat das leicht zugenommen, es sind häufig Frauen und Menschen aus anderen Kulturkreisen wie Afrika oder Südamerika.»

Das sagt der offizielle Exorzist des Bistums Lugano, **Sandro Vitalini**. Der Pro-Generalvikar nimmt in der aktuellen Ausgabe des «Migros Magazin» Stellung zur Praxis des Exorzismus in der Schweiz. Er gibt sich gegenüber dem Phänomen skeptisch. Meist stecke kein böser Geist hinter den Problemen der Betroffenen. Sie hätten vielmehr traurige Erlebnisse hinter sich, kämpfen mit Beziehungsproblemen oder Arbeitslosigkeit – und suchten dafür eine Erklärung. «Meine wichtigsten Aufgaben sind Zuhören, Verständnis zeigen und Gottes Segen geben», erklärt Sandro Vitalini. Eine echte Besessenheit sei ausserordentlich selten. [kath.ch/gs]

Besuchen Sie unsere Website unter www.pfarreiblatt-urschweiz.ch. Sie erhalten vielseitige Informationen zum Verband und zum Pfarreiblatt Uri Schwyz.

Wiedergutmachung für die Opfer

Es geschah vor 1981. Ein Unrecht, eine Ausgrenzung, eine Diskriminierung. Der Aufruf richtet sich an ehemalige Verding-, Heimkinder und andere Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen. Sie sollen einen Solidaritätsbeitrag erhalten.

Von Erich Herger

Tanja Rietmann hat ihre Doktorarbeit über Erwachsene in Arbeiterziehungsanstalten geschrieben. «Das Ausmass sexueller und physischer Gewalt war enorm. Die geschlossene Situation in den Heimen, die Überforderung der Betreuenden, die Machtungleichheit, das Denken der damaligen autoritären Gesellschaft, das waren Elemente, die zu schlimmen Lebensgeschichten geführt haben.» **Tanja Rietmann** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bern und arbeitet im Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG). Sie kennt viele Geschichten von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen an Kindern und Jugendlichen.



Tanja Rietmann (links) und Myriam Brand, engagiert für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen.

Bild: Erich Herger

Es braucht Mut für die Konfrontation

Nennen wir ihn Hans. Er ist seit 2009 dem Sozialdienst bekannt. Hans fiel aus dem Arbeitssystem. **Myriam Brand**, Leiterin eines Sozialdienstes, kennt seine Lebensgeschichte: Arbeitslosigkeit, Alkoholprobleme, Isolation, Angst und Ablehnung. Arbeitsversuche scheiterten. Irgendwann hat er darüber reden können. Seine Lebensge-

und Belegen. Ja, es braucht Mut, mit der eigenen Vergangenheit dieser Art wieder konfrontiert zu werden.»

Missbrauch und schwerste Kinderarbeit

Hans war ein verhaltensauffälliger Schüler, das schwarze Schaf, hatte Lernschwächen und Dummheiten im Kopf. Er wurde in einem Heim für Schwererziehbare platziert, kam zurück – und wurde wieder versorgt. Insgesamt dreimal an verschiedenen Orten. Dazu kamen sexueller Missbrauch und schwerste Kinderarbeit. Hans wurde blossgestellt und gezüchtigt. Opfer waren oft Angehörige unterer Gesellschaftsschichten, Menschen in Armut, die sich nicht gegen das System wehren konnten, betont Tanja Rietmann: «Mit Repressionen wollte das System diese Menschen erziehen, anpassen.»

Vielfältige Gründe für ein Gesuch

Myriam Brand hat Hans auf die Wiedergutmachungsinitiative aufmerksam gemacht und für ihn ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag gestellt. Wer als Verding- oder Heimkind körperlichen oder psychischen Missbrauch erlebt und Gewalt erlebt hat, wer «administrativ» versorgt wurde, wer zur Abtreibung gezwungen wurde, wer zwangssterilisiert oder zwangsadoptiert wurde, wer Medikamentenversuche über

sich ergehen lassen musste, sie alle haben Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag von maximal 25 000 Franken. «Für viele Betroffene ist aber nicht das Finanzielle in erster Linie wichtig, sondern die Tatsache, dass ihre allgemeine Geschichte bekannt und auch historisch-wissenschaftlich aufgearbeitet wird», betont Tanja Rietmann.

Eheverbote, Familientrennungen, Anstaltseinweisungen, Einsperrungen, Kindswegnahmen, Zwangssterilisation, Ausschaffungen. Vormundschafts-, Gemeinde-, Bezirks- und Kantonsbehörden, Lehrkräfte, Pfarrer, Ärzte, Psychiater verfügten oder veranlassten fürsorgerische Zwangsmassnahmen. Es gab Rekursmöglichkeiten, aber keine öffentlichen Verfahren mit Verteidigung durch Rechtsanwälte oder Rechtsanwältinnen. Dazu kamen sehr oft Arbeitszwang, schlechte Versorgung, Repressionen, Strafen, Drohungen, Missbrauch, Gewalt. Die Umstände waren willkürlich, die Rechtslage und Gesetze sehr weit gefasst. Geringfügige Vergehen, Verhaltensauffälligkeiten oder Etikettierungen wie «liederlich» oder «arbeits scheu» genühten für eine Einweisung. Was geschah, prägte lebenslanglich. So ist diese Wiedergutmachung, wenn man es so bezeichnen will, viel mehr eine Art Entschuldigung und der bekundete Wille um Verständnis. Für die Opfer. Für die Schweiz.

Gesuche bis am 31. März

[EH] Alle Opfer sollen für das erlittene Unrecht vor 1981 einen Solidaritätsbeitrag erhalten. Das Gesuch muss bis am 31. März eingereicht werden. Die kantonalen Stellen bieten beim Ausfüllen des Gesuchs unkompliziert Unterstützung.

Die Adressen der Anlaufstellen findet man in der Wegleitung zum Gesuchsformular:

☎ 058 462 42 84, 🌐 www.fszm.ch, sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch.

schichte wurde therapeutisch aufgearbeitet. Erinnerungen an die Schulzeit verfolgen ihn. «Zum Teil wissen nicht einmal die engsten Angehörigen, was ihnen widerfuhr», weiss Myriam Brand. «Um im Rahmen der Wiedergutmachungsinitiative ein Gesuch, um einen Solidaritätsbeitrag einreichen zu können, braucht es eine Aufarbeitung der Lebensgeschichte mit Unterlagen

Es braucht die Vielfalt

Die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax empfiehlt ein Nein bei der Abstimmung über die «No-Billag-Initiative».

Die Folgen bei der Annahme der Initiative wären für unsere Demokratie und für die Minderheiten in unserem Land gravierend: Information und Meinungsbildung würden immer mehr zu einer Frage finanzkräftiger Investoren, eine ausgewogene Berichterstattung müsste zusehends politischen und wirtschaftlichen Interessen weichen, und die Vielfalt und Qualität der sprachregionalen Angebote wären infrage gestellt.

Die Schweiz lebt von ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für das Funktionieren der Demokratie ist, dass sich diese Vielfalt auch im Angebot des Service public widerspiegelt. Die No-Billag-Initiative will jedoch die Angebote bei Radio, Fernsehen und Neuen Medien stärker an marktwirtschaftlichen Kriterien ausrichten: Wer sehen, hören und konsumieren will, kann und soll ein Abo für Dienstleistungen lösen. Doch nicht alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche lassen sich nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage sinnvoll organisieren. Mit der Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren könnten nicht mehr in allen Sprachregionen gleichwertige Angebote zur Verfügung gestellt werden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Schweiz würde darunter leiden.

In der Vergangenheit hat sich der gebührenfinanzierte Service public über die Sprach- und Kulturgrenzen hinweg bewährt. Eine Querfinanzierung war erwünscht, damit auch Angebots- und Meinungsvielfalt in kleineren Sprachregionen und für Minderheiten gegeben waren. Die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren würde einen ähnlichen Konzentrationsprozess hervorrufen, wie er gegenwärtig intensiv und verstärkt in den Printmedien zu beobachten ist. Demokratie und Qualitätsjournalismus würden darunter leiden.

Aus sozialetischer Perspektive, die neben einem Schutz von Minderheiten immer auch das Gemeinwohl im Blick hat, erschwert diese Initiative ausgewogene Informations- und Meinungsbildung für alle. Bürger/-innen und besonders Minderheiten brauchen in einer funktionierenden Demokratie einen gleichberechtigten Zugang zu ausgewogenen Informationen – unabhängig von ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage.

Wolfgang Bürgstein, Generalsekretär Justitia et Pax

[Justitia et Pax ist eine beratende Kommission der Schweizer Bischofskonferenz. Sie beschäftigt sich schwerpunktmässig mit sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen und macht dies aus einer sozialetischen Perspektive.](#)



Privatsender möchten gerne einen gewissen Sendeanteil von SRF übernehmen.

Bild: Eugen Koller

Fernsehsendungen

Wort zum Sonntag

3.2.: Christoph Jungen
10.2.: Edith Birbaumer, Luzern
Samstag, 20 Uhr, SRF 1

Katholischer Gottesdienst

Aus der Pfarrei St. Josef, Köniz, zum Fest Darstellung des Herrn / Lichtmess
4.2., 10 Uhr, SRF 1
Aus der Gemeinde St. Wolfgang in Jenbach
11.2., 9.30 Uhr, ZDF

Evangelischer Gottesdienst

Aus der Heidelberger Friedenskirche
4.2., 9.30 Uhr, ZDF

Nachgefragt mit Christine Stark

Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat das Lichtmess-Fest an Bedeutung verloren, ist aber wegen seiner sinnlichen Bräuche weiterhin attraktiv. Wie gelingt es, Altes und Neues so miteinander zu verbinden, dass es im Heute ankommt? Christine Stark fragt bei Pastoralassistentin Ute Knirim nach.
4.2., 10.50 Uhr, SRF 1

Rudiosendungen

Perspektiven. Segen für alle?

Das Lehramt der kath. Kirche hat mit gelebter Homosexualität ein Problem.
11.2., 8.30 Uhr, Radio SRF 2 Kultur

Gute Sunntig – Geistliches Wort zum Sonntag

4.2.: Notker Bärtsch, Flüelen
11.2.: Aaron Brunner, Einsiedeln
Sonn- und Festtag: 8.15 Uhr, Radio Central

Liturgischer Kalender

4.2.: 5. Sonntag im Jahreskreis B

Ijob 7,1–4.6–7; 1 Kor 9,16–19.22–23;
Mk 1,29–39

11.2.: 6. Sonntag im Jahreskreis B

Lev 13,1–2.43ac.44ab.45–46;
1 Kor 10,31–11,1; Mk 1,40–45

14.2.: Aschermittwoch Fast- und Abstinenztag

Joël 2,12–18; 2 Kor 5,20–6,2;
Mt 6,1–6.16–18

Überall Fehlentwicklungen – aber auch Lösungen

Klimaerwärmung, politische Spannungen und Ungleichheit: Die grossen Herausforderungen unserer Zeit hören längst nicht mehr an den jeweiligen Landesgrenzen auf, sondern umspannen den ganzen Planeten. Die Ökumenische Kampagne von Brot für alle und Fastenopfer zeigt, wie vielfältig dieser aussehen kann.

Von Madlaina Lippuner, Fastenopfer

Unser Tun hier hat Einfluss auf die Lebensbedingungen anderswo. Deshalb braucht es einen Wandel in der Gesellschaft.

Für alle genug zum Leben

Gemeinsam für eine Welt, in der alle genug zum Leben haben

Wir alle sorgen uns um die Entwicklungen in der Welt: Politische Spannungen nehmen zu, Ungleichheit und Klimakrise verschärfen sich weiter. Wird weiter gewirtschaftet wie bisher, stösst die Erde bald an ihre Grenzen. Am stärksten leiden die Menschen, die bereits wenig haben. Deshalb braucht es einen Wandel. Fastenopfer, Brot für alle und Partner sein sind überzeugt: Eine wirkliche Verbesserung der menschenunwürdigen Situation in armen Ländern ist nur möglich, wenn auch wir uns verändern: Gemeinwohl statt Profit, Kooperation statt Konkurrenz, Teilhabe statt Ausschluss.

Alle können einen Beitrag leisten

«Werde Teil des Wandels» heisst deshalb der Slogan der Ökumenischen Kampagne 2018. Darin zeigen die Werke Handlungsmöglichkeiten auf. Es sind lokale Initiativen und Projekte, an denen jede Bürgerin und jeder Bürger teilnehmen kann und so einen Beitrag für eine Welt leisten kann, in der alle genug zum Leben haben.

Ökumenische Kampagne 2018: 14. Februar bis Ostersonntag, 1. April;

Rosenverkaufstag: Samstag, 10. März 2018

www.sehen-und-handeln.ch

www.facebook.com/sehendumhandeln

Wird in der Schweiz ein T-Shirt für fünf Franken angeboten, lässt sich erahnen, wie wenig die Näherin oder der Näher dafür bekommen haben muss. Essen wir Produkte mit Palmöl, sind vorher für die riesigen Palmöl-Plantagen Regenwälder abgeholzt worden, Tiere – vielleicht sogar Menschen vom Land ihrer Ahnen – vertrieben worden. Jede Avocado oder Ananas hat eine

immense Transportstrecke zurückgelegt, jede Reise mit dem Flugzeug den Klimawandel weiter vorangetrieben.

Ungerechtigkeit vergrössert sich

Die Menschheit verbraucht heute die Ressourcen von 1,6 Planeten für ihre Bedürfnisse – 1,6 Planeten, die wir nicht haben: Waldbestände können sich nicht schnell genug erholen, Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Durch den Klimawandel nehmen Wirbelstürme und Dürren zu.

Die Staaten messen ihren Erfolg am Wachstum des Bruttoinlandprodukts, oftmals steht im Fokus der Grossunternehmen Profit vor Respektierung der Menschenrechte und Umwelt. Die Folge? Aktuell besitzt das wohlhabendste Prozent der Bevölkerung mehr als die Hälfte des Weltreichtums. Die ärmsten drei Viertel hingegen besitzen keine drei Prozent davon. Der Ökumenische Rat der Kirchen sagt: «Unsere Welt war nie wohlhabender und gleichzeitig ungerechter als heute».

Viele lokale Initiativen

Politische Massnahmen, Rechtsreformen und technische Innovationen genügen nicht, denn sie sind mit einem Modell verbunden, das auf Konsum statt Genügsamkeit beruht, auf Konkurrenz statt Zusammenarbeit, auf Ausbeutung statt auf Respekt. Fastenopfer und Brot für alle setzen sich deshalb für einen gesellschaftlichen Wandel ein, für eine

Welt, in der alle genug zum Leben haben. Die Organisationen zeigen: Bereits heute gibt es viele lokale Initiativen, an denen Jede/r teilnehmen und mitwirken kann. Diese Initiativen durchdringen alle Lebensbereiche: Solidarische Landwirtschaft etwa bringt Bäuerinnen und Bauern in der Region Planungssicherheit und den Konsumierenden saisonales Gemüse mit kurzen Transportstrecken auf den Teller. Lokale Tauschsysteme reduzieren Abfall, alternative Währungssysteme schliessen Aspekte der Geldwirtschaft – wie etwa Spekulationen – aus. «Zero Waste»-Initiativen zeigen zudem, wie man ressourcenschonender konsumieren und trotzdem lust- und genussvoll leben kann.

Ein Wandel, den alle mitgestalten können

Auch die Partnerorganisationen von Brot für alle und Fastenopfer setzen sich in ihrem Land für lokale und nachhaltige Formen der Wirtschaft und des Zusammenlebens ein. In diesem Prozess des gesellschaftlichen Wandels unterstützen und inspirieren sich die Partner im Norden und Süden gegenseitig. Denn dieser Prozess soll von allen mitgestaltet werden. Denn wenn momentan vor allem die Ärmsten unter den derzeitigen Tendenzen leiden – letztlich leben auch wir, die Menschen in der Schweiz, auf derselben einen und einzigen Welt, die uns zur Verfügung steht, und die es zu bewahren gilt.



Das diesjährige Kampagnenplakat mit Slogan.

Bild: Fastenopfer

«Wort zum Sonntag» war keine Politpropaganda

Der Ombudsmann der SRG Deutschschweiz, Roger Blum, hat eine Beschwerde gegen das «Wort zum Sonntag» zur Sonntagsarbeit zurückgewiesen. Der betroffene Theologe Arnold Landtwing, Einsiedeln, freute sich über den Entscheid. In der Sendung hatte er die Sonntagsarbeit aus biblischer Sicht beleuchtet.



Arnold Landtwing provozierte gleich zwei Beschwerden an den Ombudsmann.

Bild: SRF

Von Georges Scherrer / kath.ch

Das wurde von zwei Beschwerdeführern nicht goutiert, die sich an die Ombudsstelle wandten. Sie sprachen von einer «rein politischen Meinungs- und Stimmungsmache unter falschem Deckmantel» und von «übelstem politisch/ideologischem Missbrauch einer Sendeplattform». Wohl in den allermeisten grösseren Städten dieser Welt gelten viel liberalere Ladenöffnungszeiten als in der Schweiz, hiess es in einer Beschwerde. Die kritisierte Sendung sei eine «Kampagne gegen liberalere Ladenöffnungszeiten».

Ein persönlicher Kommentar

Der Ombudsmann forderte die verantwortliche Redaktorin, Judith Hardegger, Redaktionsleiterin «Sternstunden» von Fernsehen SRF, auf, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Das «Wort zum Sonntag» bilde einen festen Bestandteil des Programms des Schweizer Fernsehens, erklärte sie. Die Sendung verstehe sich ausdrücklich als «ein christlicher Kommentar zum Zeitgeschehen». Ein Kommentar zeichne sich dadurch aus, dass die Kommentatorin oder der Kommentator die «eigene Haltung und Meinung zu gesellschaftlichen Ereignissen

und Debatten sichtbar machen soll und darf».

Weiter weist Judith Hardegger darauf hin, dass dieses Sendegefäss, «ob mit erzählerischen oder argumentativen Mitteln», immer zu einer christlichen Aussage für die Gegenwart führe. Es handle sich zudem explizit um einen «persönlichen Kommentar». In der Sendung bezeichne Arnold Landtwing mehrmals seine Gedanken als seine Meinung. Er binde sich an keine politischen, parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Interessengruppen.

Aktuelle Themen aus biblischer Sicht

Gemäss der TV-Verantwortlichen sind Veränderungen in Feiertagsregelungen und Arbeitszeitfragen «aktuelle gesellschaftliche Themen, die in einem «Wort zum Sonntag» aufgegriffen werden können». Da aktuell weder Abstimmungen noch Unterschriftensammlungen zum Thema Sonntagsarbeit lanciert seien, «widerspricht dieser Meinungskommentar auch an keiner Stelle den publizistischen Leitlinien» der Sendeplattform, so Judith Hardegger. Der Sprecher habe zudem seine Position aus der Bibel abgeleitet. Er habe aus der Sicht der Redaktion das ihm zugesprochene Mandat erfüllt. Der Ombudsmann folgte dieser Argumentation.

Überdurchschnittlich viele positive Reaktionen

Der unbegründet mit zwei Beschwerden eingedeckte «Wort zum Sonntag»-Sprecher stellte: «Auf den Kommentar zur «Sonntagsruhe» sind gleich zwei Beschwerden eingegangen. Dies bestätigt, dass das Wort zum Sonntag durchaus als ernsthafte Stimme wahrgenommen wird. SRF-Ombudsmann Roger Blum hat beide Beschwerden in allen Punkten als unbegründet abgewiesen. Dies nehme ich erfreut zur Kenntnis, denn es bestätigt, dass ich journalistisch sauber gearbeitet und auch die publizistischen Leitlinien von SRF eingehalten habe.»

Auf den Beitrag «Sonntagsruhe» seien markant mehr Reaktionen als nach einem durchschnittlichen Wort zum Sonntag eingegangen, alle zustimmend und positiv. Besonders in Erinnerung bleibe ihm «die ermutigende, persönliche Rückmeldung eines Verantwortlichen aus der Wirtschaft».

Von den beiden Beschwerdeführern habe keiner den direkten Kontakt und Dialog mit ihm gesucht, sondern sich für den direkten Weg einer Beschwerde entschieden. Das sei ihr gutes Recht.

«3000 Jahre alte Burn-out-Prophylaxe»

Die umfangreichen Abklärungen SRF-intern sowie die ausführlichen Antworten der Redaktionsleiterin «zeugten von bestem Service public» und würden «erst noch einen Mehrwert mit einer kleinen Weiterbildung zum Thema Meinung im Journalismus» darstellen.

Arnold Landtwing betonte weiter, dass er als Theologe diesen Kommentar aus christlicher Sicht privat äussere «und nicht als Informationsbeauftragter des Generalvikariats» in Zürich. In der Themensetzung sei er völlig frei wie auch bei der Gestaltung des Inhalts. Der Generalvikar schreibe ihm nichts vor. Arnold Landtwing warb noch einmal für den Sonntag als Ruhetag: «Das ist 3000 Jahre alte Burn-out-Prophylaxe!»

www.srgd.ch/de/aktuelles/news/2017/11/18/fernsehen-srf-sendung-das-wort-zum-sonntag-zur-sonntagsruhe-beanstandet/

www.srgd.ch/de/aktuelles/news/2017/11/18/fernsehen-srf-sendung-das-wort-zum-sonntag-zur-sonntagsruhe-beanstandet-ii/

«Wendekreis» erscheint nur noch bis Ende Jahr

«Die Zeitschrift «Wendekreis» erlebte ihren 123. Geburtstag nicht mehr. Ende letzten Jahres wurde die Bezahl-Publikation eingestellt. Die Entwicklungsorganisation Comundo will aber mit einer neuen kostenlosen Zeitschrift die Menschen in der Schweiz für ihre Anliegen sensibilisieren.

Von Barbara Ludwig / kath.ch

Teres Steiger-Graf, Geschäftsleiterin bei Comundo, bedauert, dass der «Wendekreis» mit seiner über 100-jährigen Geschichte eingestellt werden musste. «Selbstverständlich schwingt auch Trauer mit», sagte sie. Er sei eine Zeitschrift, die «wichtige Zeitfragen auf eine spannende und auch einzigartige Weise behandelt».



Teres Steiger-Graf, Geschäftsleiterin bei Comundo
Bild: zVg

Man sehe sich aber schon seit Längerem mit einem kontinuierlichen Rückgang der Auflagezahlen konfrontiert. Die Finanzierung sei immer schwieriger geworden. «In den letzten zehn Jahren hat sich die Auflage in etwa halbiert», so Teres Steiger-Graf.

Weniger als 8000 zahlende Abonnenten

Sie betrug noch rund 12 200 Exemplare, die französisch- und die italienischsprachige Version eingeschlossen. Für die Ausgaben auf Französisch und Italienisch wurde allerdings keine Abogebühr verlangt. Die Zahl der zahlenden Abonnenten in der Deutschschweiz betrug laut Teres Steiger-Graf «unter 8000».

In den vergangenen Jahren wurde die Zahl der jährlichen Ausgaben reduziert.

Seit 2016 erscheint der 48 Seiten starke «Wendekreis» vier Mal pro Jahr. Zuvor ist er nach Angaben der Geschäftsleiterin von Comundo sieben Mal jährlich erschienen, vor 2014 neun Mal.

Aufgrund der sinkenden Auflagezahlen entferne man sich immer mehr von dem Ziel, das Anliegen der Solidarität mit dem «globalen Süden» an möglichst viele Menschen zu tragen, schrieb Teres Steiger-Graf in ihrer Mitteilung an die Leser/-innen er Publikation. Comundo habe sich deshalb entscheiden müssen, die Zeitschrift in ihrer jetzigen Form auf Ende Jahr einzustellen.

Kein Stellenabbau

Zu einem Stellenabbau werde es nicht kommen, versicherte die Geschäftsführerin, «da einerseits ein Nachfolgeprodukt herauskommen wird und andererseits die Online-Kommunikation von Comundo gestärkt werden muss». Aktuell arbeiteten zwei Personen im Teilzeitpensum für die deutschsprachige Ausgabe, die bereits jetzt weitere Aufgaben im Bereich Kommunikation übernehmen.

Ab 2018 lancierte Comundo eine neue Zeitschrift. Mit dieser will die Entwicklungsorganisation zwei Mal jährlich gesamtschweizerisch über 30 000 Haushalte erreichen und so «ein starkes Zeichen für weltweite Solidarität setzen», wie Teres Steiger-Graf schreibt.

Neue Zeitschrift soll Zusammenhänge aufzeigen

Das neue Blatt, das kostenlos erhältlich sein wird, werde sich «ganz eng an den Tätigkeiten von Comundo orientieren», sagt die Geschäftsführerin. Teres Steiger-Graf: «Das heisst: Berichte über unsere Südeinsätze und über unsere Sensibilisierungsarbeit in der Schweiz sowie entwicklungspolitische Hintergrundinformationen sind das Hauptthema.»

Die neue Zeitschrift mit voraussichtlich 24 Seiten Umfang richte sich an Spender/-innen sowie an weitere interessierte und «engagierte Kreise, zum Beispiel im Umfeld unserer Fachpersonen», so Teres Steiger-Graf. «Ein wichtiges Ziel von Comundo ist die Sensibilisierungsarbeit in der Schweiz. Wir verstehen die Zeitschrift als wichtiges

Instrument, um die Empfänger/-innen über die Zusammenhänge zwischen unserem Verhalten und den Folgen für den Süden aufzuklären.»

«Ein wichtiges Ziel von Comundo ist die Sensibilisierungsarbeit in der Schweiz.»

Teres Steiger-Graf

Noch offen ist der Name des neuen Blattes, das vom Kommunikationsteam der Organisation Personelle Entwicklungszusammenarbeit hergestellt werden wird. Der «Wendekreis» hiess bis 1972 «Bethlehem». Gegründet wurde die Publikation von der Missionsgesellschaft Bethlehem SMB.

Kirchenzeitung im neuen Outfit

[kath.ch/gs/eko] Die Schweizerische Kirchenzeitung (SKZ) erscheint ab diesem Jahr in neuem Outfit. Die Beilage «7 Tage» erscheint ebenfalls in neuer Form. Neu heisst die Beilage «kath.ch religion politik gesellschaft».

Die Zeitung ist an ein kirchliches Publikum gerichtet und bietet sich gemäss den publizistischen Leitlinien gleichzeitig als Ort des Dialogs für das gesamte Meinungsspektrum der katholischen Kirche in der Deutschschweiz an. Es ist zugleich das Amtsblatt der Deutschschweizer Bistümer.

Der grösste Unterschied zur gewohnten SKZ ist die Farbe. Das neue Layout enthält farbige Bilder. Fallen gelassen wurde die gewohnte schwarz-weiss-grüne Seiten-Struktur der bisherigen Ausgaben. Auch das Layout der Beilage wurde umgestaltet und farblich mit der SKZ abgeglichen. Die Bilder sind nicht mehr schwarz-weiss, sondern in Farbe. Mit dem neuen Layout verbunden ist auch die Absicht, dass die Kirchenzeitung bekannter wird. Leserbriefe sind erwünscht, damit die neue Rubrik «Dialog» als Diskussionsforum aktiviert werden kann.

Die Ursprünge der SKZ reichen ins Jahr 1832 zurück. 1968 mutierte die SKZ zu einer theologischen Fachzeitschrift und zum amtlichen Organ der Bistümer Basel, Chur und St. Gallen.

Halme der Hoffnung

Impressum

Pfarreiblatt Uri Schwyz
19. Jahrgang
Nr. 4–2018
Auflage 17 500
Erscheint 22-mal pro Jahr
im Abonnement Fr. 38.–/Jahr

Herausgeber
Verband Pfarreiblatt Urschweiz
Notker Bärtsch, Präsident
Kirchstrasse 39, 6454 Flüelen
Telefon 041 870 11 50
not.baertsch@martin-b.ch

Redaktion
Eugen Koller
Elfenaustrasse 10
6005 Luzern
Telefon 041 360 71 66
Mobile 077 451 52 63
pfarreiblatt@kath.ch
www.pfarreiblatt-urschweiz.ch

Redaktionsschlüsse Mantelteil
Nr. 5 (17.2.–2.3.): Sa, 3. Februar
Nr. 6 (3.3.–16.3.): Sa, 17. Februar

Redaktion der Pfarreiseiten
Für die Pfarreiseiten sind die Pfarr-
ämter zuständig und übernehmen
die Verantwortung für den Inhalt
und die Urheberrechte.

Adressänderungen
Pfarreisekretariat Altendorf
Telefon 055 442 13 49
pfarramt@pfarrei-altendorf.ch

Pfarreisekretariat Lachen
Telefon 055 451 04 70
sekretariat@kirchelachen.ch

Gestaltung und Druck
Gutenberg Druck AG
Sagenriet 7, 8853 Lachen



**Meine Geschwister sind die
mit den Halmen der Hoffnung zwischen
den Zehen,
mit dem Himmel unter den Füßen und
den Augen, die wissen,
wenn sich die Gebete verzweigen,
schütteln die Herzen die Angst ab.**

Text: Jacqueline Keune, Luzern, in «Das Ende der Reden» – Meditationen zum Hungertuch
Bild: Chidi Kwubiri, in Nigeria geboren, lebt und arbeitet er heute in Pulheim bei Köln